

Aktive Bürger/innen – Lassen sich Beteiligungskompetenz und Engagementbereitschaft vermitteln?

Harald Heinrichs

Bürgerbeteiligung und ehrenamtliches Engagement haben seit einigen Jahren in Deutschland in politischen, zivilgesellschaftlichen und öffentlichen Diskursen Konjunktur. Der Aufschwung des Themas ist zum einen begründet durch den hohen Stellenwert, den der Bürgerbeteiligung im Rahmen von Initiativen zur nachhaltigen Entwicklung zukommt (lokale Agenda 21). Zum anderen gewinnt das Thema an Relevanz durch bemerkenswerte politische Initiativen zur Erweiterung von Beteiligungsmöglichkeiten. Dazu zählen die Einsetzung von Enquete-Kommissionen zum ehrenamtlichen Engagement im Bundestag, die Auslobung von Engagement-Preisen, die Ausweitung von Volksentscheiden, die Einführung von Bürgerhaushalten, die Anwendung von kooperativen Konfliktlösungsverfahren oder der Ausbau interaktiver Politik- und Verwaltungsangebote mit Hilfe neuer Medientechnologien.

Die Forderung nach mehr Beteiligungsmöglichkeiten, die Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre von den aufkommenden Friedens-, Umwelt- und Frauenbewegungen nachdrücklich erhoben wurde, hat über die vergangenen Jahrzehnte erweiterte Beteiligungschancen eröffnet. Ein gestiegenes Bildungsniveau und – in Folge – die Ausbreitung postmaterialistischer Werte einerseits und die (neoliberale) Einforderung von Eigenverantwortung und Engagement seitens eines strukturell überforderten Staates andererseits haben schließlich zu dem hohen Stellenwert geführt, dem ein vielfältiges zivilgesellschaftliches Engagement heute allgemein zugesprochen wird. Trotz oder auch wegen der beobachtbaren Politikmüdigkeit in traditionellen Strukturen hat die Aktivierung von Bürgern an Relevanz gewonnen.

Inzwischen ist unbestritten, dass eine aktive Bürgerschaft wichtiges ‚soziales Kapital‘ für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine zukunftsfähige Gesellschaftsentwicklung ‚produziert‘. Keine andere Akteursgruppe kann so lebensweltnah öffentliche Güter (mit)gestalten. Aus der Partizipationsforschung ist bekannt, dass (politische) Partizipation durch die Erweiterung der Wissens- und Wertebasis in kollektiven Entscheidungsprozessen einen wichtigen Beitrag zu tragfähigen Lösungen leisten kann. Und neue biopsychologische Erkenntnisse betonen die anthropologische Prädisposition für kooperatives Verhalten. Selbstverständlich ist bei der insgesamt positiv konnotierten Diskussion über Beteiligung und Engagement darauf zu achten, dass die Balance der Aufgaben- und Verantwortungsverteilung zwischen Staat, Wirtschaft, professioneller Zivilgesellschaft (NGOs) und Bürgern erhalten bleibt. Bürgerschaftliches Engagement darf kein Lückenbüßer für einen übermäßigen Rückzug des Staates und eine Wirtschaft sein, die nicht ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht wird.

Wenn nun die Annahme stimmt, dass ein aktives Gemeinwesen mit hohem Grad an Beteiligung und Engagement für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit wichtig ist, dann stellt sich die Frage, wie sich die Beteiligungskompetenz und Engagementbereitschaft der Bürger steigern lässt. Schließlich ist aus Umfragen bekannt, dass jenseits einfacher Partizipationsrechte, wie politische Wahlen, nur eine Minderheit weitergehende Beteiligungs- und Engagementmöglichkeiten realisiert. Es stellt sich somit zugespitzt die Frage: Lassen sich Beteiligungskompetenz und Engagementbereitschaft vermitteln?

Theorie und Praxis zeigen, dass sich Beteiligungskompetenz und Engagementbereitschaft lassen sich stimulieren, einüben und vermitteln. An vielen Orten schulischer und außerschulischer Bildung findet beispielsweise Demokratielernen durch formales Lernen im Unterricht oder durch einüben in der Praxis (Klassensprecher-Wahl, AGs etc.) statt. Auch in Vereinen werden Beteiligung und Engagement praktiziert (Freiwilligendienste). In aktuellen Diskussionen zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung gehört Partizipation darüber hinaus zu einer von mehreren »Gestaltungskompetenzen«, die als notwendig angesehen werden, um die Handlungsfähigkeit in einer unübersichtlichen, komplexen Welt zu verbessern. Über diese (auszubauende) Heranführung von Schülern an Partizipation und Engagement hinausgehend, stellen Studierende, die qua Ausbildung in verantwortungsvolle Positionen kommen (sollten), eine wichtige Zielgruppe für die Stärkung gesellschaftlichen Engagements dar. Welche Möglichkeiten bieten sich an, Beteiligungskompetenz und Engagementbereitschaft durch das Studium zu steigern?

Das Studium bietet traditionell einige Möglichkeiten, sich in Beteiligung und Engagement zu üben. Potentielle »Spielfelder« wie die Mitarbeit in Fachschaften oder in hochschulpolitischen Gremien wie dem Senat oder dem Studierendenparlament, wird nur von einer Minderheit wahrgenommen – und sind auch nur für eine begrenzte Zahl von Studierenden offen. Darüber hinausgehende Möglichkeiten, die aber bislang unzureichend entwickelt sind, gehen in drei Richtungen:

- Die Forschung zu Partizipation, Kooperation und sozialem Kapital hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten umfassendes Wissen produziert. In Lehrveranstaltungen einschlägiger Fächer und Disziplinen, wie beispielsweise Politikwissenschaft, Soziologie, Wirtschaftswissenschaften oder interdisziplinären Studiengängen der Umwelt- und Nachhaltigkeitswissenschaften werden dementsprechend unterschiedlich Aspekte des Themas behandelt; das Spektrum reicht von Veranstaltungen zu Demokratie über Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft, Partizipations- und Kooperationsverfahren bis hin zu Stakeholder-Ansätzen oder sozialem Unternehmertum.
- Neben der Vermittlung von einschlägiger Theorie und Empirie bieten darüber hinaus projekt- bzw. forschungsorientierte Lehrveranstaltungen konkret Möglichkeiten, Partizipation und Kooperation unmittelbar erfahrbar zu machen; beispielsweise wenn im Rahmen von transdisziplinären Fallbeispielen Partizipations- und Kooperationsverfahren bei einem spezifischen Praxisproblem zum Einsatz gebracht werden. Die Vermittlung von Fachwissen und die Einübung in Projekten sind aber nur zwei Säulen.

- Schließlich lässt sich analog zu Freiwilligenprogrammen im Rahmen von »Corporate Social Responsibility« bei denen gesellschaftliches Engagement von Mitarbeitern in Unternehmen gezielt gefördert wird, Beteiligungskompetenz und Engagementbereitschaft bei Studierenden durch professionelle universitäre Unterstützung für Freiwilligenaktivitäten steigern. Dadurch ließe sich in nicht zu unterschätzendem Ausmaß die »Personal Social Responsibility« stärken. Hier können deutsche Universitäten zweifelsohne von vielen angelsächsischen insbesondere US-Universitäten lernen. Aufgrund der liberalen, kommunitaristischen Traditionen gibt es ein stärker ausgeprägtes Selbstverständnis, sich bürgerschaftlich zu engagieren. Universitäre Programme, in denen Studierenden beispielsweise Plattformen gegeben werden, sich in der Hausaufgabenunterstützung von Kindern bildungsferner Schichten zu engagieren, sind sehr weit verbreitet. Auch weiterreichende Aktivitäten, wie Projekte sozialen Unternehmertums sind nicht selten. Diese Perspektive setzt aber ein grundlegendes Umdenken im Wissenschafts- und Universitätsverständnis voraus: Es geht weder – wie vor Bologna – nur um hehre »Bildung« noch – wie vielfach nach Bologna – um schiere »Ausbildung« für den Berufsmarkt sondern vielmehr um »Persönlichkeitsbildung« zum aktiven, mündigen, interessierten, handlungsbereiten »Bürger«.

Neben dem systematischen Ausbau von Partizipationskompetenz und Engagementbereitschaft im Rahmen von Gestaltungskompetenz der Bildung für nachhaltige Entwicklung in Schule und außerschulischer Bildung ist demzufolge die Stärkung von Partizipations- und Kooperationsthemen in der Lehre (disziplinär und ggf. disziplinübergreifend im Studium Generale) und der professionelle Ausbau von Freiwilligenprogrammen ein wichtiger Beitrag von Universitäten zur Steigerung gesellschaftlicher Beteiligung und Engagement. Besonders interessierte Studierende könnten sich dann durch Schwerpunktsetzung in einschlägigen Disziplinen zu Beteiligungsexperten fortbilden. Aber auch für weite Teile der Studierendenschaft würde ein leichterer Einstieg geschaffen, Beteiligungs- und Engagementerfahrung zu machen. An einzelnen Universitäten in Deutschland, wie beispielsweise der Leuphana Universität Lüneburg, wird diese Perspektive zielorientiert verfolgt; sowohl im Curriculum als auch durch Freiwilligenprogramme und Initiativen zum sozialen Unternehmertum. Es wäre zu wünschen, dass mehr Universitäten über ihre Ansprüche akademischer Bildung und beruflicher Ausbildung zu vermitteln hinausgehend ihre gesellschaftliche Verantwortung zur Steigerung von »Personal Social Responsibility« als Teil einer umfassenden Persönlichkeitsbildung erkennen und professionell umsetzen würden. Dies wäre ein wichtiger Beitrag zur (Weiter-)Entwicklung einer auf Nachhaltigkeit orientierten aktiven, partizipativen und kooperativen Gesellschaft.

Autor

Prof. Dr. Harald Heinrichs forscht und lehrt am Institut für Umweltkommunikation der Leuphana Universität Lüneburg im Themenfeld Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik.

E-Mail: harald.heinrichs@uni.leuphana.de

Redaktion Newsletter

Stiftung MITARBEIT
Wegweiser Bürgergesellschaft
Redaktion Newsletter
Bornheimer Str. 37
53111 Bonn
E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de